

Wahlprüfstein DIE LINKE

Deutscher Bundesverband der Landwirte im Nebenberuf e.V.
Sanner Dorfstr. 27
39606 Sanne-Kerkuhn

Agrarpolitik, Landwirtschaft, soziale Sicherung,

I. Agrarstruktur

1. Welche gesellschaftliche und agrarstrukturelle Bedeutung sehen Sie in der nebenberuflichen Landwirtschaft?

Nebenerwerbslandwirtinnen und -landwirte stellen einen wichtigen Anteil des landwirtschaftlichen Wirtschaftens und der Agrarkultur in den ländlichen Räumen dar. In allen Bundesländern bilden sie den Grossteil der Einzelbetriebe und tragen zum Erhalt betrieblicher und landwirtschaftlicher Vielfalt bei. Sie sind damit eine wichtige Säule des kulturellen und wirtschaftlichen Lebens in den ländlichen Räumen Deutschlands. Ihr besonderer Wert liegt in der Bewahrung der agrarkulturellen Vielfalt und Tradition.

2. Worin sehen Sie den Grund, dass sich die nebenberuflichen Landwirte von der Politik nicht hinreichend beachtet fühlen?

In der politischen Vertretung des Berufstandes dominiert der Deutsche Bauernverband (DBV), der in seinem Selbstverständnis auch die Nebenerwerbslandwirtinnen und -landwirte vertritt. Die in jüngerer Zeit dominierenden Themen der Agrarpolitik, die auch vom DBV gesetzt wurden, hatten ihre Schwerpunkte im Zusammenhang mit der Globalisierung und der Ausrichtung der Landwirtschaft auf die geforderte internationale Wettbewerbsfähigkeit. Dieses sind naturgemäß nicht die Themen, die die regional wirtschaftenden Nebenerwerbsbetriebe wirklich interessieren. Besondere Belange der Bäuerinnen und Bauern im Nebenerwerb spielten in der noch laufenden Wahlperiode eine eher untergeordnete Rolle.

3. Wie sehen Sie die Entwicklung der Agrarstrukturen im Hinblick auf Anzahl und Größe der Betriebe, sowie Betriebsform und Produktionsausrichtung?

Im landwirtschaftlichen Haupterwerb läuft der Strukturwandel unvermindert weiter. Die Anzahl der Betriebe im Haupterwerb nimmt weiter ab, Spezialisierungen nehmen zu. Die Tendenzen zur industrialisierten Tierproduktion halten an. Laufende Beantragungen zum Betrieb von Großanlagen insbesondere zur Schweine- und Geflügelhaltung zeigen die Trends. Gleichzeitig werden viele Betriebe, die im Haupterwerb aufgeben (müssen), im Nebenerwerb weitergeführt. Damit steigt die Bedeutung des Nebenerwerbs in der Bewahrung der agrarkulturellen Vielfalt.

II. Agrarsoziales Sicherungssystem

1. Wie beurteilen Sie die Reform der LSV in dieser Legislatur, z.B. mit dem LSVMG?

DIE LINKE hat die Reform der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (LSV) als unzureichend abgelehnt. Die Probleme einer ungenügenden finanziellen Deckung der Versicherungsleistungen sowie der Beitragsgerechtigkeit lassen sich mit der durchgeführten Reform nicht lösen.

2. Welchen weiteren Handlungs-, bzw. Reformbedarf sehen Sie in der LSV?

Betriebliche Belastungen zur finanziellen Deckung der LSV dürfen nicht steigen, da die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen weitere Kostenbelastungen für die landwirtschaftlichen Betriebe nicht zulassen. Viele Betriebsleiterinnen und Betriebsleiter empfinden zudem das Beitragssystem der LSV als ungerecht. Der Reformbedarf bezieht sich damit in erster Linie auf eine Steigerung der Beitragsgerechtigkeit und einer Analyse der nachhaltigen Funktionsfähigkeit der LSV.

3. Warum wird aus Ihrer Sicht an der Versicherungspflicht der Ehegatten in der Landwirtschaftlichen Alterskasse bei nebenberuflichen Landwirten festgehalten?

Nebenerwerbslandwirtinnen und -landwirte bilden eine große Gruppe innerhalb der landwirtschaftlichen Altersversicherung. Das komplette Ausscheiden des Nebenerwerbs würde das gesamte gesonderte landwirtschaftliche Sozialversicherungssystem gefährden. Andererseits erhalten die mitversicherten Ehegatten Versicherungsleistungen aus der LSV. Eine eigenständiges Versicherungssystem für die landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe würde sich für sich genommen kaum rechtfertigen lassen, dagegen würde eine Einordnung in die allgemeine gesetzliche Versicherung eine große Reform bedeuten, da die landwirtschaftliche Versicherung nur ein Teilsicherungssystem darstellt und nicht ohne weiteres mit der allgemeinen gesetzlichen Rentenversicherung in Übereinstimmung zu bringen ist.

DIE LINKE sieht durchaus Reformbedarf, insbesondere da die Rentenleistungen, die die Altenteiler erhalten, nicht mehr ausreichen. Das umso mehr, als dass in vielen Fällen eine Hofnachfolge nicht mehr gewährleistet ist. Eine einfache Abschaffung der Versicherungspflicht ohne eine tief greifende Reform der LSV erscheint allerdings auch aus Sicht der LINKEN nicht möglich.

III. Entwicklung ländlicher Räume

1. Welche Probleme sehen Sie in der unterschiedlichen Entwicklung der ländlichen Räume in Deutschland unter dem Gesichtspunkt der Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen?

DIE LINKE setzt sich für gleichwertige Lebensbedingungen in allen urbanen und ländlichen Räumen Deutschlands ein. Dabei bleibt es eine originäre staatliche Aufgabe, die Infrastruktur in den Bereichen Bildung, Soziales, Gesundheit und Mobilität langfristig zu sichern. Sie bilden die Grundlage selbstbestimmter Lebensbedingungen. Positiv ist die Zunahme an möglichen Einkommensbereichen, die die ländlichen Räume bieten. Hier sind neben der eigentlichen Agrarwirtschaft besonders die Bereiche der Erneuerbaren Energien sowie der Tourismuswirtschaft zu benennen. Wichtig bleiben die Regionalität und die möglichst breit gestreute Verteilung der Einkommensmöglichkeiten. Aber auch in den ländlichen Räumen gilt: von Arbeit muss man leben können. Ohne Arbeit auch. Deshalb fordert DIE LINKE gesetzliche Mindestlöhne, eine bedarfsgerechte, repressionsfreie Mindestsicherung statt Hartz IV, armutsfeste Renten und die Beseitigung der Lohndiskriminierung von Frauen, die

gerade in den ländlichen Räumen mit 30% noch größer ist als in den Städten. Der mit diesen Maßnahmen verbundene Kaufkraftzuwachs kann auch zu kostendeckenden Erzeugerpreisen für landwirtschaftliche Produkte beitragen.

2. Wie wollen Sie den Problemen aufgrund der demographischen Entwicklung in einigen ländlichen Regionen entgegenwirken?

Schlüsselaspekt für die Entwicklung in ländlichen Räumen ist die Stärkung der Politik für Frauen in ländlichen Regionen. Die Abwanderung gerade junger, gut gebildeter Frauen verstärkt die demographischen Probleme in strukturschwachen Regionen. Eine bessere Teilhabe von Frauen in den politischen Entscheidungsprozessen und an den zahlreichen unterschiedlichen Förderprogrammen ist aus Sicht der Linken unbedingt erforderlich. Gerade dieser Aspekt wurde in einer Studie herausgearbeitet, die im Auftrag der Linksfraktion im Bundestag erstellt wurde. Hier sind dringend Korrekturen notwendig und ein geschlechtergerechter Umgang mit Haushaltsmitteln für die ländlichen Räume auf EU-, Bundes- und Landesebene.

Die Studie finden Sie hier:

<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7754929882.pdf>

3. Worin sehen Sie eine Triebkraft für die Entwicklung des ländlichen Raumes?

Viele politisch initiierte Maßnahmen zur Förderung der ländlichen Räume haben es zudem an einer sinnvollen Abstimmung untereinander fehlen lassen. (so zum Beispiel in der Förderung der Biokraftstoff- oder in der Bildungspolitik). Hier muss aus Sicht der LINKEN sehr viel stärker an einer stimmigen Politik für die ländlichen Räume gearbeitet werden. Die Rolle der Landwirtschaft bei der Absicherung der Ernährungssouveränität in den Regionen muss wieder mehr Beachtung finden, damit das Ziel einer flächendeckenden Landbewirtschaftung wieder zur Triebkraft in den Dörfern und kleinen Städten wird.